



Bürgerinitiative *Lebenswertes Rügen* (BI) fragt nach - Politiker antworten

Rügen¹ ist und bleibt die beliebteste Insel Deutschlands. Das sehen Einwohner und Touristen² gleichermaßen so. Aber auch auf der Urlaubsinsel gibt es zahlreiche Probleme und Konflikte spitzen sich teilweise dramatisch zu.

Wir haben die Direktkandidaten der Wahlkreise auf Rügen, die für die Landtagswahl am 26.09.2021 antreten, befragt.

Hier die Antworten der Kandidaten (Stand 23.09.2021):

1 Der Begriff *Rügen* wird für die Bezeichnung der Inseln Rügen und Hiddensee verwendet.

2 Die Verwendung von Begriffen wie Einwohner ist als geschlechtsneutrale Bezeichnung zu verstehen und bezieht Frauen, Männer und Diverse gleichberechtigt ein.

1. Verkehrschaos vs. Verkehrswende

Überfüllte und zu enge Straßen, unzureichend ausgebaute Radwege, Verkehrslärm und ein stetig angewachsener Individualverkehr sind nur einige Stichworte zur Verkehrssituation. Infolgedessen wird die gegenwärtige Infrastruktur den Ansprüchen von Auto-, Rad- und E-Bikefahrern sowie Fußgängern vielerorts auf Rügen kaum noch gerecht.

	Was muss aus Ihrer Sicht passieren, um eine Verkehrswende einzuleiten? Wie kann und soll eine umweltverträgliche, leistungsstarke und den veränderten touristischen Nutzungsinteressen angepasste Verkehrsinfrastruktur entwickelt werden?
Ahlers, Uwe (FDP)	*
Alschweig, Knut (FDP)	*
Eckhardt, Dr. Hans-Georg (AfD)	Ich teile die Auffassung, dass es sich bei der zukünftigen Gestaltung der Verkehrsinfrastruktur um eine "Wende" handeln muss nicht. Der Begriff Verkehrswende impliziert, dass gravierende Änderungen nötig und möglich sind. Das Straßennetz auf der Insel wird durch die neue und alte B96 bis Bergen und von dort weiter bis Sassnitz den aktuellen Anforderungen gerecht. Wer es gemütlicher mag, nimmt die Alte Bäderstraße. Die Probleme beginnen hinter Bergen, wenn man in Richtung Binz weiter fährt und danach in Richtung Göhren bzw. Thiessow. Im Westen ist das Nadelöhr die Straße an der Schaabe. Der Schienenverkehr spielt, was den Transport von Touristen betrifft, eine eher untergeordnete Rolle. Da die Möglichkeiten, Straßen auszubauen aus mehreren Gründen (Gelände, Umwelt) gering oder überhaupt nicht vorhanden sind, ist der Weg hin zu einem umweltverträglichen Verkehr vorrangig über die Regulierung der Zahl der Verkehrsteilnehmer / Touristen zu beschreiten. Mit rund 6 Millionen Übernachtungen bewegen wir uns auf der Insel schon heute am Limit.
Jahn, Patrick (Linke)	Eine Verkehrswende einzuleiten, ist ein schwieriges und langwieriges Unterfangen. Der ÖPNV muss zu einer echten Alternative werden. Busse, die am meisten zur Personenbeförderung genutzt werden, sind vielerorts Mangelware. So hat auch die Bereitschaft auf den Bus umzusteigen sehr abgenommen. Wer aus Altersgründen kein Auto mehr fahren kann, zieht in die Zentren und zumindest nah an sie heran. Das muss sich definitiv ändern. Auch für den Tourismus muss der ÖPNV eine echte Alternative werden. Jetzt muss nicht zwingend die Kleinbahn reaktiviert werden. Aber wer sich entschließt mit der Bahn anzureisen, braucht einen komfortablen und zeitnahen Shuttle zur Unterkunft. Es gibt noch so viele Baustellen, die ich hier nicht alle ausführen kann. Neben den genannten Möglichkeiten wäre ein Park & Ride Service an den Knotenpunkten eine echte Alternative. So könnten Trent und Sagard zur Entlastung der Parksituation an der Schaabe beitragen, Serams könnte Sellin, Baabe Göhren und so auch die B196 entlasten und Samtens könnte als Knotenpunkt in alle Richtungen fungieren und als Sammelstelle für Autos die Straßen leerer machen.
Miraß, Heiko (SPD)	Um eine nachhaltige Entspannung der Verkehrssituation auf Rügen zu erreichen, muss auf mehreren Ebenen angesetzt werden. A: Begrenzung von Zuwächsen touristischer Übernachtungskapazitäten B: weiterer Ausbau der Rad- und Wanderwegenetze C: Erhöhung der Attraktivität des ÖPNV z.B. durch abgestimmte Taktung, Verbesserung der Anbindung abgelegener Regionen z.B. durch Anrufbusse D: Kostenlose Nutzung des ÖPNV durch Touristen und Einheimische E: Umweltfreundliche Antriebe des ÖPNV und Erprobung von Teilstrecken für autonome Fahrzeuge
Niehaus, Dirk (Grüne)	Die Verkehrsinfrastruktur hinsichtlich des Ausbaus von Straßen auf Rügen lässt sich, wenn überhaupt, nur marginal verbessern und würde dann auch schnell massiv und erwartungsgemäß negativ in den Umwelt- und Landschaftsschutz eingreifen. Im Übrigen gilt die Erfahrung das neue Straßen mehr Verkehr schaffen. Insofern müssen angesichts des bereits bestehenden Verkehrsinfarktes in weiten Teilen der Insel neue Mobilitätskonzepte auf den Tisch und umgesetzt werden. Hierzu benötigt es zunächst eines breites politisches Mandat aus der Einsicht heraus, dass es so nicht weiter gehen kann und darf! Vorweg müssen die tatsächlichen Mobilitätsanforderungen, also Verkehrsströme zunächst einmal genau untersucht und evaluiert werden. Unter dem Stichwort neue Mobilitätskonzepte gehören dann sicher der Ausbau und die Verbesserung des ÖPNV. Beispielhaft die Nutzung der Trasse des Rasenden Rolands (Wasserstoff Zug, da Strecke nicht elektrifiziert), der Umbau der Busflotte auf E- oder H2 Busse und angepasste Größen und Erweiterung der Linien um abgelegenen Bereiche besser zu bedienen. Der ÖPNV wird es aber alleine nicht schaffen können und daher muss der Individualverkehr der Bewohner und Touristen reduziert werden. Im touristischen Bereich aber auch für Bewohner sollten an vielen verschiedenen Punkten sogenannte Hubs für ein Carsharing Angebot aufgebaut werden. Das sind Punkte an Bahnhöfen aber auch an Hotels und anderen zentralen Bereichen um ein Fahrzeug Angebot mit erneuerbaren Energie Antrieb flexibel und auch im gewissen Maße flächendeckend vorzuhalten. Nur durch starkes Angebot entsteht der Anreize die Insel per Bahn anzureisen oder auch für Bewohner auf eine eigenes Auto zu verzichten. Dazu braucht es ein digital basiertes Mitfahrsystem über eine App, die gerade im sehr ländlichen Bereich die Möglichkeit des gemeinsamen Fahrens einfach macht und die sicher für uns noch ungewohnte Form der Mobilität etabliert. Der Fahrer erhält dabei automatisiert über die App verarbeitet anhand der mitgeführten Strecke von jedem Mitfahrer ein kleines Entgelt. Dazu informiert die App über alle zur Verfügung stehenden gewünschten Verbindungen, auch aus dem endlegendsten Winkeln der Insel. Mehr Fahrradwege da besonders die heutigen Möglichkeiten der E-

	basierten Zweiräder auch zu einer Alltagsmobilität dann mehr beitragen können
Kliewe, Holger (CDU)	*
Knuth, Matthias (Freie Wähler)	*
Kunschke, Friedrich (Einzelbewerber)	<p>Als zentrale Säule, ohne welche es nicht geht, sehe ich dort den ÖPNV. Aber im selben Atemzug auch die personellen Sorgen welche die Betriebe bereits jetzt haben. Am liebsten würde ich den ÖPNV so stärken, dass es für Touristen einfacher ist in den Bus oder die Bahn zu steigen als sich selbst hinter das Steuer zu setzen. Das diese Idee kurz und ich befürchte sogar mittelfristig eher ein Wunschdenken ist, ist mir leider auch klar dort würde vor allem das Radwegenetz ansetzen. Wir müssen in Zukunft versuchen Qualitativ und Quantitativ gute Anreize zu schaffen damit man freiwillig weg von der Straße geht. Aber auch diese Idee wird wahrscheinlich ein wenig Anlauf brauchen und eventuell ist auch eine Touristische Umgestaltung eher z.B. zum Aktivurlaub in der wunderschönen Natur Rügens hierfür erforderlich. Meiner Meinung nach hätte Rügen die perfekte Möglichkeit sich dann in diese Richtung zu begeben. Sei es mit, dann hoffentlich, einem gut ausgebauten Radwegenetz für Zweiradler schönen Passagen durch Wald und Feld für Läufer und Wanderer und der schönen Ostsee vor der Tür für alle Wassersportbegeisterten.</p> <p>Darüber hinaus wird aber höchstwahrscheinlich auch der Ausbau mancher Straße von Nöten sein. Wichtig wäre mir hier, dass die Bodenversiegelung und der Eingriff in die Natur so gering gehalten wird wie es geht.</p> <p>Würde man mir für eine Idee freie Hand geben wäre es die Schaffung einer, ich nenne sie "Ostseebahn". Diese Nord-Süd Verbindung würde in meiner Vorstellung eine Art Straßenbahn sein welche von Juliusruh nicht nur die Schaabe entlang nach Glowe sondern über Sagard mindestens bis nach Binz reicht. Mit einer solchen Linie erhoffe ich mir die Parkplatzproblematik innerhalb der Ortschaften und an der Schaabe zu entlasten und darüber hinaus eine weitere Alternative zum Individualverkehr anzubieten.</p>
Präkel, Julia (CDU)	<p>Generell müssen, um eine Verkehrswende auf der Insel zu erreichen, alle Verantwortlichen verstärkt zusammenarbeiten. Denn Grundvoraussetzungen sind, dass Einigkeit und Planungssicherheit zu den langfristigen Zielen in puncto Verkehrsplanung herrschen.</p> <p>Der Individualverkehr auf der Insel muss meines Erachtens durch gute ÖPNV-Angebote für Einheimische und Gäste weiter eingedämmt werden. Wir müssen lernen, Mobilität neu zu denken! Im Kreistag hat unsere CDU-Fraktion aktuell einen Antrag eingebracht, in dem der Landrat beauftragt wird, ein Konzept für einen kostenfreien ÖPNV für den gesamten Landkreis erstellen zu lassen. Dies ist ein erster Schritt in Richtung Verkehrswende.</p> <p>Gemeinsam mit dem Amt Mönchgut-Granitz hat die Stadt Putbus über die Kurkarte ein kostenfreies Beförderungsangebot mit der Weißen Flotte für unsere Gäste ins Leben rufen können. Das wird meines Wissens nach sehr gut angenommen.</p> <p>In Putbus habe ich mich als Stadtvertreterin dafür eingesetzt, die Mitfahrbänke ins Leben zu rufen. Diese bieten eine einfache und günstige Mitfahrgelegenheit - auch unabhängig vom Bus. Und obendrein fördern sie den gesellschaftlichen Zusammenhalt, gerade auf dem Dorf.</p> <p>Weiterhin halte ich es dringend für notwendig unser Radwegenetz auszubauen. Das Fahrrad als nahezu generationsübergreifendes Gefährt sollte, besonders im ländlichen Raum, unbedingt Teil eines nachhaltigen Mobilitätskonzeptes sein. Gerade im Hinblick auf E-Bikes gibt es hier viele kreative Ansätze, auf die man zurückgreifen kann. Das Rad muss also nicht immer wieder neu erfunden werden. Um den Radwegeausbau voranzutreiben, brauchen die Gemeinden allerdings auch die finanziellen Mittel. Hier sollte das Land mehr Unterstützung leisten. Wichtig in diesem Zusammenhang ist auch die Bereitschaft der Grundstückseigentümer das benötigte Land zu verkaufen.</p>
Rahm-Präger, Sylva (SPD)	*
Retzlaff, Sven (Grüne)	*
Schneller, Sylvio (die Basis)	*
Zenker, Kevin (Linke)	<p>Menschen auf Rügen – gleich ob Tourist oder Einheimischer – nutzen ÖPNV und Bahn nicht, da sie in der aktuellen Form, abgesehen vom ökologischen Aspekt, kaum Vorteile bieten zum Individualverkehr. Bus und Bahn kommen zu selten, sind zu teuer, für den Strandbesuch mit der Familie zu unpraktisch. Dazu kommt eine Politik, die den Güterverkehr auf der Straße kostengünstiger gestaltete als auf dem Gleis, die die deutsche Bahn zur profitorientierten Aktiengesellschaft und gleichzeitig ihre (Klein-)Bahnstrecken abwrackte.</p> <p>Meiner Meinung nach müsste überhaupt erst mal politischer Wille herrschen - sowohl in Berlin als auch in Schwerin – um eine Verkehrswende einzuleiten.</p> <p>Dazu muss einerseits der ÖPNV ökonomischer ausgestaltet werden als der Individual-Verkehr (günstige Fahrkarten, engere Taktungen zwischen 6 Uhr und 22 Uhr, angemessene Finanzierung der Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen, ...).</p> <p>Andererseits muss wieder mehr Güterverkehr auf der Schiene verlagert werden.</p> <p>Heute üblicher LKW-Güter-Verkehr schadet der Umwelt und Infrastrukturen wie Straßen und kostet Lebensqualität.</p> <p>Eine Reaktivierung und kräftige Investitionen in die Bahninfrastruktur dient aber nicht nur dem Güterverkehr, sondern auch den Pendlern, Touristen und den Einheimischen.</p> <p>Wenn Bahnfahren nicht mehr Luxus ist sondern Standard, dann ist schon mal viel erreicht.</p> <p>Den veränderten touristischen Nutzungsinteressen muss man mit ansprechenden Alternativen</p>

	<p>begegnen. Das heißt nicht an den Bus einen weiteren Fahrradanhänger zu hängen sondern konkrete Projekte verfolgen.</p> <p>Speziell für Rügen könnte ich mir einen zentralen Parkplatz vor der Rügenbrücke vorstellen mit Bus-, Bahn- und Fährranschluss, der die Touristen-Ströme entsprechend verteilt, das Ganze unternetzt mit kostengünstigen Tickets und Angeboten für die Besucher.</p> <p>Fakt ist, dass viele der genannten Aspekte nicht durch ein Landtagsmandat allein zu realisieren sind. Dafür braucht es wie gesagt politischen Willen in allen Bereichen, ein System, dass ökologisches Handeln belohnt, dieses somit ökonomisch macht und wir brauchen ansprechende Alternativen zum bisherigen Tourismusverkehr. Die „grüne“ Verkehrswende schaffen wir nur gemeinsam.</p>
<p>Zoels, Robert (die Basis)</p>	<p>*</p>

2. Wohnraum vs. Feriendomizile

Wohnraum für Einheimische und für Personal in der Tourismusbranche wird immer knapper, und infolgedessen teurer, vor allem in den touristischen Hochburgen. Der Bau neuer Unterkünfte und die Umwandlung von bestehendem Wohnraum in Feriendomizile dominiert das Bauen auf der Insel. Touristische Investitionen sollen oft in Außenbereichen und als Großprojekte umgesetzt werden, stoßen aber sowohl bei Einwohnern als auch bei Touristen auf Gegenwehr.

	Worin sehen Sie einen Ausweg aus diesem Dilemma? Welche Möglichkeiten wollen Sie nutzen, dass Rügen lebenswert bleibt und kein zweites Sylt wird?
Ahlers, Uwe (FDP)	*
Alschweig, Knut (FDP)	*
Eckhardt, Dr. Hans-Georg (AfD)	Rügen ist in dieser Frage zweigeteilt. Im Osten sind die Bettenzahlen deutlich höher als im Westen der Insel, auf Ummanz und auf Hiddensee. Hier sollten die Gemeinden restriktiver mit den Anträgen auf Neubau und Erweiterung touristischer Unterkünfte umgehen. Im Westen der Insel sehe ich noch etwas Spielraum. Im gesamten Gebiet sollten die Gemeinden die Umwandlung von Wohnraum in Ferienunterkünfte verhindern und die Eigentümer bestehender Ferienunterkünfte in reinen Wohngebieten zwingen, sie wieder zu Wohnraum umzuwidmen. Teurer Wohnraum und niedrige Löhne und der Gang zum Arbeitsamt außerhalb der Saison passen nicht zusammen. Das Problem fehlender Fachkräfte wird sich, wenn der gegenwärtige Zustand bleibt, in den kommenden Jahren noch verschärfen.
Jahn, Patrick (Linke)	Wir brauchen eine ganz strikte Bettengrenze, die meines Erachtens bereits überschritten ist. Personal und Infrastruktur sind auch abseits des Wohnungsmarktes stark an der Belastungsgrenze. Deshalb werde ich mich dafür einsetzen, einen Qualitätstourismus zu etablieren, der nicht darauf ausgelegt ist, die Menschen für einen Hungerlohn rund um die Uhr arbeiten zu lassen, nur damit einige wenige noch ein paar Euro mehr abschöpfen können. Um den Wohnungsmarkt, nicht nur auf der Insel zu beruhigen, ist ein Meitendeckel zwingend erforderlich. Des Weiteren ist es notwendig, Bauvorhaben, Immobilien- und Grundstückskäufe an den Zweck des dauerhaften Wohnraums zu binden, egal ob Vermietung oder Privatnutzung.
Miraß, Heiko (SPD)	Zur Abwägung der beschriebenen Interessenkonflikte stehen grundsätzlich die verschiedenen Instrumente der Raumordnung zur Verfügung. Hierbei ist es zunächst erforderlich, einen kritischen Diskurs über die grundsätzlichen (Weiter-)Entwicklungsziele zu führen und sich zum Beispiel darüber zu verständigen, in welchem Umfang und in welche Richtung künftig eine touristische Entwicklung auf der Insel insgesamt und in den einzelnen Gemeinden verträglich möglich sein soll. Um die beschriebenen Konflikte im Bereich des Wohnens zu lösen, sollten sich meines Erachtens folgende Möglichkeiten genutzt werden: <ul style="list-style-type: none"> - Zweckentfremdungsverbot, um die Umwandlung von Dauerwohnungen in touristisch genutzten Wohnraum zu unterbinden - Ausweitung der Belegungsbindung bei staatlicher Förderung der Schaffung oder Sanierung von Wohnungen - Beibehaltung und ggf. Ausweitung der Möglichkeiten zur verbilligten Übernahme von Landesliegenschaften durch Kommunen zum Zwecke des sozialen Wohnungsbaus - Prüfung von Möglichkeiten zur Ausweitung der Förderung des sozialen Wohnungsbaus
Niehaus, Dirk (Grüne)	Die Städtebaulichen Maßnahmen der Gemeinden wie die Aufstellung neuer B-Pläne und nicht zuletzt die bereits bestehenden Aufstellungen haben in der Regel Auswirkung auf viele andere Gebiete der Insel. Insofern müssen entweder Gesetze geändert werden die eine weitergehende Beteiligung der betroffenen Gebiete und Einwohner regelt und um damit dann in die allerdings heilige Kuh der gemeindlichen Planungshoheit einzugreifen. Oder schärfere Raumordnungsverfahren, Raumentwicklungsprogramme, die nicht nur einzelne Maßnahmen untersuchen und beschreiben sondern einen gesamtheitlichen Ansatz verfolgen. Dazu gehört die Bürger über stärkere Beteiligungsformate wirklich einzubinden, sei es durch verankerte Bürgerentscheide oder Bürgerratsinstitutionen wie einen Inselbeirat die als Träger öffentlicher Belange anerkannt sind Bestehende Möglichkeiten zur Durchführung umfassender Raumentwicklungsprogramme und integrierte regionale Entwicklungskonzepte sind bisher so gut wie gar nicht ergriffen worden. Hierzu würde sich dann z.B. eben auch ein Verteilsystem und Schlüssel ergeben aus dem ersichtlich wird wie, wo und wer welche Bettenkapazitäten vorhalten darf. Touristische Großanlagen sind meines Erachtens dabei abzulehnen, aber es wird immer auch kleine eher private Betreiber geben, die nicht von vorne herein das Recht und die Möglichkeit verlieren dürfen eine Ferienwohnung anzubieten weil der Hotelier nebenan gerade erst einige Betten aufgestockt hat. Einrichtung eines Verteilsystems. Es fehlt aber nach wie vor an guten und dabei bezahlbaren Wohnraum. Über die Einrichtung eines Art Solidar- oder eines Kompensationsmodell könnten dafür Mittel generiert werden. Mein persönlicher Focus liegt dabei aber deutlich nicht auf neue Baugebiete sondern die Bestandssanierung oder auch Nutzung bereits versiegelter Flächen. Unsere Vielzahl an kleinen Gemeinden braucht auch mehr Unterstützung z.B. bei der Aufstellung und Durchsetzung von Gestaltungssatzungen. Zunächst einmal natürlich alle mir zur Verfügung stehenden politischen Möglichkeiten. Mit einer massiven Abwanderung der Bewohner wie es auf Sylt passiert ist, würde Rügen zur Geisterinsel und seine lebenswerte Seele und damit seine Schönheit vermutlich verlieren.

	<p>Landespolitik muss zu diesen Themen Rahmenbedingungen schaffen und Rügen benötigt hierfür viele Stimmen</p> <p>Das Ganze steht und fällt aber auch mit einem gemeinsamen mutigen Wille ein aktives Netzwerk zu betreiben, mit Kreativität auf Rügen andere Wege gehen, bereit sein Investoren draußen zu lassen und sich gemeinsam über Sinn und Unsinn von Wachstum auszutauschen, und danach zu handeln. Eine andere Lebensqualität möglichst für Alle Bewohner aber wenigstens für viele zu erreichen. Das kommt dann auch dem Gast zugute. Dazu bedarf es eines gesellschaftlichen Prozesses den ich gerne mit anstoße, begleite und natürlich das politische Mandat dafür einbringe möchte.</p>
Kliewe, Holger (CDU)	*
Knuth, Matthias (Freie Wähler)	*
Kunschke, Friedrich (Einzelbewerber)	<p>Auch wenn ich die Gefahr des 2. Sylts aufgrund der schieren Größe und auch z.B. der Landwirtschaft nicht sehe ist es natürlich trotzdem ein Thema wie wir wohnen auf Rügen bezahlbar gestalten können. Wichtig wäre mir hier zunächst eine einheitliche Lösung für ganz Rügen in welcher festgelegt wird, wie viel verkraftet wird. Und dann könnte man es, experimentell, über eine Art Zertifikathandel laufen lassen. In diesem Szenario wird dann in etwa festgelegt wie viele Betten Rügen unter Rücksicht auf Umweltschutz und z.B. das Verkehrswesen aushalten kann. Diese würden dann mithilfe eines Schlüssels, welcher dann ausgearbeitet werden müsste, auf die einzelnen Gemeinden verteilt. Würde jetzt zum Beispiel Gemeinde A weitere Ferienunterkünfte ausweisen wollen, hat aber bereits das maximum der ihnen des Schlüssels nach zustehenden Betten bereits vergeben könnten sie von anderen Gemeinden welche noch Kapazitäten übrig haben weitere erwerben. So könnten auch die weniger Touristischen Gebiete der Insel vom Tourismus profitieren und es ist eine feste Kapazität erstmal festgelegt.</p> <p>Ich weiß, dass die Installation eines solchen Systems nicht einfach ist, dennoch finde ich, dass wir gerade auf Rügen auch ein Vorreiter für andere Tourismusregionen sein können.</p> <p>Wenn es dann durch den Handel eine gewisse Regulierung gibt wird auch dem Trend er Umformung von Wohn zu Ferienraum entgegengewirkt, sodass diese Flächen wieder den auf der Insel Lebenden Personen zu Verfügung steht.</p>
Präkel, Julia (CDU)	<p>Wir haben in Putbus bereits vor einiger Zeit in der Stadtvertretung entschieden, keine zusätzlichen touristischen Betten mehr zuzulassen. Ausnahmen gibt es nur für Einheimische, die eine Wohnung zur Unterhaltung ihres Hauses nutzen oder für bestehende Objekte, die erweitert werden. Hierbei wägen wir jedoch genau ab.</p> <p>Auf unsere Initiative hin werden derzeit alle Eigentümer von Ferienunterkünften angeschrieben und aufgefordert ihre Baugenehmigung für ihre Mietobjekte vorzulegen. Denn wir haben schon vor längerer Zeit beobachtet, dass Dauerwohnungen ohne Genehmigungen zu Ferienwohnungen umgewandelt werden. Mit dieser Maßnahme versuchen wir dem Einhalt zu gebieten. An dieser Stelle sind die Gemeinden allerdings Einzelkämpfer.</p> <p>Ich bin für eine Begrenzung der touristischen Betten auf der Insel. Seinerzeit hat sich der Tourismusverband Rügen mehrmals für eine Obergrenze ausgesprochen. Doch es eilt: Die Inselgemeinden müssen dringend ein gemeinsames Abkommen schließen. Rechtlich ist dies allerdings sehr schwierig, da die Planungshoheit laut Grundgesetz in der Gemeinde verankert ist. Dieses Defizit möchte ich beheben: als Landtagsabgeordnete fokussiere ich ein Tourismusgesetz, welches kluge Regelungen dazu beinhaltet.</p>
Rahm-Präger, Sylva (SPD)	*
Retzlaff, Sven (Grüne)	*
Schneller, Sylvio (die Basis)	*
Zenker, Kevin (Linke)	<p>Wir können diesen Vorgängen nur begegnen, in dem wir auf politischer Ebene tätig werden. Gremien mit beratenen Funktionen sind meines Erachtens zahnlose Tiger. Wir brauchen Vertreterinnen und Vertreter an den Orten, die Entscheidungen zur Zukunft der Insel treffen bzw. absegnen.</p> <p>Wir brauchen aber auch die Bürgerinitiativen, die Kräfte bündeln und Öffentlichkeit über Vorgänge herstellen, die den Vorstellungen der meisten Rügannerinnen und Rüganner entgegenstehen.</p> <p>Ganz konkret brauchen wir gesetzliche Rahmen, die eine Relation festhalten wie viele Touristen auf einen Einheimischen kommen – ich schlage einen Schnitt von 1,5 vor. Mallorca hat die Zeichen der Zeit verstanden und dies bereits umgesetzt.</p> <p>Wir brauchen gesetzliche Rahmen, die die Umwandlung von Wohnraum in Ferienwohnungen und den Bau von Megaprojekten streng reglementiert.</p> <p>Wir brauchen gesetzliche Rahmen, die sich am Gemeinwohl, am Naturschutz und am Erhalt der Einzigartigkeit unserer Insel orientieren.</p>
Zoels, Robert (die Basis)	*

3. Kirchturmpolitik vs. Verantwortung für ganz Rügen

Die Planungshoheit liegt bei den Gemeinden und Bebauungspläne sind oft bis zu zwanzig Jahre alt wie am Bug bei Dranske oder für das Areal des ehemaligen Schlosses Dwasieden in Sassnitz. Ein aktuelles Entwicklungskonzept für Rügen gibt es nicht. Die BI schlägt die Einberufung eines „Inselrates“ vor, der ergänzend zu bestehenden Gremien wie Gemeinde- und Stadtvertretungen einberufen werden soll, um ein Gesamtkonzept zur nachhaltigen Regionalentwicklung Rügens zu erstellen. Des Weiteren befürwortet die BI ein Moratorium für die Bettenentwicklung entsprechend des Tourismuskonzeptes für Rügen. Danach soll das Verhältnis von Einwohnern zu Ferienbetten von 1 zu 1,5 auf Rügen konsequent eingehalten werden.

	Wie kann aus Ihrer Sicht bei Entscheidungsträgern auf kommunaler und Landesebene Verantwortung für Rügen entwickelt oder eingefordert werden? Was spricht aus Ihrer Sicht für den Vorschlag eines Moratoriums, was dagegen?
Ahlers, Uwe (FDP)	*
Alschweig, Knut (FDP)	*
Eckhardt, Dr. Hans-Georg (AfD)	Mit dem Einfordern der "Verantwortung für Rügen" bei den Entscheidungsträgern, zumindest auf kommunaler Ebene, ist das so eine Sache. Da ist das Hemd oft näher als die Hose, sprich, die Interessen der Kommune stehen klar im Vordergrund. Und die Planungshoheit liegt bei den Gemeinden. Daran wird vermutlich auch ein Moratorium scheitern. Was antworten Sie einem Bürgermeister, der mit Recht auf die 17000 Betten in Prora verweist, wenn man seiner Gemeinde eine weitaus geringere Zahl nicht "gönnt"? Hier gibt es keine einfachen Antworten.
Jahn, Patrick (Linke)	Als Kommunalpolitiker bin ich für die Einberufung des Inselrates. Niemand im Ehrenamt kann auf unserer Insel alles im Blick haben. Deshalb wäre es wichtig und richtig, Betroffene oder ortskundige Bürger:innen zur Hand zu haben, die beratend tätig werden. Auch, wenn viele, vor allem Konservative, es nicht wahrhaben wollen, wir sind alle miteinander vernetzt und verantwortlich füreinander. Ich kann in Gemeinde A keine Entscheidung treffen, die Gemeinde B belasten würde. Das passiert aber häufig, siehe das Projekt am Bug. Vielleicht generiert es Steuereinnahmen für die Gemeinde Dranske, aber davon allein wird die Wittower Fähre nicht größer, die Straße nach Sagard nicht breiter und der Weg zum Krankenhaus nicht kürzer. Zur Frage: Ich glaube, vielen Entscheidungsträger:innen fehlt es nicht an fehlendem Verantwortungsbewusstsein für Rügen. Wir gehören zu den Zugpferden in Mecklenburg-Vorpommern. Es ist einfach so, dass vielen die Art wie unsere Rolle in der Wirtschaft MVs zustande kommt egal ist. Wirtschaft und gute Zahlen sind wichtig, keine Frage. Aber wir sollten endlich eine Politik wählen, die nicht nur auf die blanken Zahlen schaut, sondern zu allererst auf die Menschen, die diese Zahlen hervorbringen. Deshalb ist es nur vernünftig über ein Moratorium für die Bettenentwicklung zu sprechen. Niemand sollte die schönste Zeit des Jahres auf Rügen nur arbeitend und schlafend verbringen müssen.
Miraß, Heiko (SPD)	Ich denke, dass Organisationsstrukturen gestärkt oder geschaffen werden sollten, in denen die Entwicklung der gesamten Insel diskutiert und die entsprechenden Entscheidungen getroffen oder wenigstens beratend begleitet werden. Ein Inselrat wäre eine Möglichkeit. Eine Begrenzung der touristischen Bettenkapazitäten begrüße ich grundsätzlich. Hier sollte jedoch den sehr unterschiedlichen Entwicklungsständen auf der Insel Rechnung getragen werden.
Niehaus, Dirk (Grüne)	Bestehende B-Pläne wiegen schwer und es besteht bei vielen Entscheidungsträgern eine Scheu daran zu rütteln. Die derzeit gesetzliche Lage bedeuten dann schnell gerichtliche Auseinandersetzung, möglicher Schadensersatz. Diese Dinge müssen auf den Prüfstein! Bürgerbeteiligung und Mitentscheid ist viel zu schwach verankert. Bestehende Möglichkeiten wie die Aufstellung und Einhaltung regionaler Konzepte müssen besser durchgeführt werden. Eine kommunale Mitbestimmung ist durch die Einführung des Großkreise VR in weiten Teilen verloren gegangen. Daher der bereits zuvor angerissene Inselrat mit klar ausgestatteten Entscheidungskompetenzen! Bis zur Aufstellung und den vorliegenden Ergebnissen Raumordnender Verfahren ist ein Moratorium im Grunde unabdingbar. Es hemmt natürlich für einen Zeitraum eine Entwicklung und die ohnehin nicht gut aufgestellten Gemeinden werden sich vermutlich dagegen stellen. Dazu bedarf es daher im Vorfeld Aufklärung und Einsicht
Kliewe, Holger (CDU)	*
Knuth, Matthias (Freie Wähler)	*
Kunschke, Friedrich (Einzelbewerber)	Ich bin in diesem Fall eher für die Souveränität der Gemeinden was zum Beispiel die Bebauungspläne etc. angeht. Die angesprochenen Beispiele mit Bug und Dwasieden sehe ich eher als Aufruf an die mündigen Bürger sich in der eigenen Gemeinde zu engagieren und nachzufragen was dort wie genehmigt wird oder was eventuell schon seit Jahren offen rum liegt. Dennoch wäre aus meiner Sicht ein "Inselrat" durchaus hilfreich was die Umsetzung und Absprache von Projekten mit anderen Gemeinden angeht. Kommunikation ist meiner Meinung nach der springende Punkt welcher dadurch gefördert werden würde und dies ist der wichtigste. Denn wenn ich mich selbst als Beispiel nehme, Wohnhaft in Rambin, möchte ich den Einwohnern von Dranske nicht vorschreiben wie sie was zu bauen haben, aber dennoch bin ich, in meiner Gemeinde, und andere Gemeinden indirekt zum Beispiel durch den Zuwachs des Verkehrs mit diesem Projekt verbunden. Diese Gemeinden sollen dann auch

	die Möglichkeit haben ihre Meinungen und Ansichten dazu zu Äußern. Ich wäre dort aber eher für die beratende Rolle und nicht für ein Moratorium.
Präkel, Julia (CDU)	Wir als Rügener Vertreter haben uns bereits vor der Landratswahl für einen Rügen-Rat ausgesprochen. Leider bisher ohne Erfolg. Eine solche Instanz könnte als beratendes Gremium für Ämter und amtsfreie Kommunen fungieren. Besonders bei der Entwicklung eines nachhaltigen Entwicklungskonzeptes wäre ein Rügen-Rat von Vorteil, um strategisch wichtige Zusammenhänge aufzuzeigen. Solch ein ganzheitliches Konzept sollte in weiterer Folge zur Handlungsgrundlage für die Gemeinden werden. Stichwort Moratorium: Gerade im Hinblick auf einen nachhaltigen Tourismus wäre dieses positiv zu bewerten, denn so könnte man dem weiteren Bettenboom auf der Insel endlich Einhalt gebieten. ABER: Wenn es gesetzlich bindend sein soll, muss es der Landtag MV beschließen. Dagegen spricht die kommunale Selbstverwaltung, das heißt: Die Planungshoheit liegt in der Hand der Kommunen.
Rahm-Präger, Sylva (SPD)	*
Retzlaff, Sven (Grüne)	*
Schneller, Sylvio (die Basis)	*
Zenker, Kevin (Linke)	Es muss zunächst mal festgehalten werden, dass in unserem Großkreis (immerhin so groß wie das Saarland!) schon viel persönliches Interesse bei einer Einzelperson vorhanden sein muss, um für alle Belange zwischen Dranske und Tribsees (immerhin 330 Km Hin- und Rückfahrt.) umtriebzig zu sein. Ich bleibe bei der Überzeugung, dass die Kreisgebietsreform ein großer Fehler war und das gemeinsame Gestalten des Landesstriches unglaublich schwierig gemacht hat. Dies betrifft nicht nachweisbare Spareffekte, Ämterzentralisierungen mit all ihren Nachteilen, Landräte die Insellösungen versprochen und gleichzeitig niemanden mit Sonderwürsten bedenken dürfen, Ehrenamtler die weite Strecken für die Ausübung für ihres Amtes auf sich nehmen müssen, ... Die Defizite sind hinlänglich bekannt und bedürfen keiner weiteren Ausführung. Mit Blick auf Rügen bedeutet das jedenfalls, dass Menschen über Belange entscheiden, die sie in ihrem Alltag überhaupt nicht tangieren. Dies wäre aber der erste nötige Schritt zur Verantwortungsbildung! Dabei sind wie auch immer genannte Räte, Gremien und Zusammenschlüsse mit allenfalls beratendem Charakter ohne Entscheidungsmacht schön anzuhören, aber ohne endgültige Konsequenz. Nachhaltige kommunale Verantwortung für Rügen kann es meiner Ansicht nach nur mit einem Landkreis Rügen und Volksvertretern von der Insel geben. Ein Moratorium ist sehr zu begrüßen, auch wenn der geforderte Schnitt von 1,5 schon jetzt überholt und mitunter zu niedrig angesetzt zu sein scheint. Ich bin prinzipiell dafür Tourismus auf unserer Insel qualitativ zu entwickeln, nicht quantitativ.
Zoels, Robert (die Basis)	*

4. „Gießkannen“-Förderung vs. Lastenausgleich

Viele Kommunen auf Rügen brauchen weiterhin finanzielle Unterstützung. Nur so lassen sich Vorhaben in den Orten umsetzen, können regionale Wertschöpfungsketten etabliert und arbeitsmarktpolitische Effekte erzielt werden. Mittel der EU, des Bundes und des Landes sind deshalb für eine Gesamtfinanzierung notwendig. Doch nicht alle Gemeinden haben bisher und werden zukünftig davon profitieren können und sind deshalb auf einen Lastenausgleich angewiesen.

	An welche Auswahlkriterien sollten Förderungen in Zukunft geknüpft werden? Sollen touristische Großprojekte weiterhin vom Land gefördert werden? Ist Ihrer Auffassung nach ein Lastenausgleich zwischen den Gemeinden und Kommunen auf Rügen erforderlich und wenn ja, wie sollte ein solcher erfolgen?
Ahlers, Uwe (FDP)	*
Alschweig, Knut (FDP)	*
Eckhardt, Dr. Hans-Georg (AfD)	Förderungen sollten zukünftig vorrangig im Wohnungsbau, zur Weiterentwicklung der Infrastruktur und hier insbesondere dem Breitbandausbau, der Schul- und medizinischen Infrastruktur erfolgen. Wichtigste Kriterien sind dabei der Bedarf (bei Berücksichtigung der demographischen Entwicklung) und die Effizienz, mit der sich Projekte umsetzen lassen. Touristische Großprojekte sollten nicht gefördert werden. Der horizontale Finanzausgleich, d. h. die unterschiedliche Beteiligungsquote an den Ländersteuereinnahmen ist m. E. notwendig, weil die Wirtschaftskraft und die Finanzen der Gemeinden sehr unterschiedlich sind. Zudem werden diese Faktoren auch noch durch den demographischen Wandel verstärkt (Wegzug von Menschen im arbeitsfähigen Alter und damit die Zunahme des Anteils von Rentnern), eine Entwicklung die in den Gemeinden unterschiedlich abläuft (Touristenzentren, Gemeinden in Randlage).
Jahn, Patrick (Linke)	Zunächst einmal würde ich Förderprogramme so gestalten, dass Unternehmer:innen an den ersten Standort gebunden sind. Es bringt nichts für die hiesige Bevölkerung, wenn hier eine Firma aufgebaut wird und bei Erfolg irgendwo in die Großstädte oder ins Ausland verlegt wird. Aber auch viele andere Punkte sind unabdingbar, bspw. die Bindung an Tariflöhne und unbefristete, ganzjährige Arbeitsverträge. Touristische Projekte würde ich gern in zwei Kategorien untergliedern. Niemand braucht mehr Betten oder den nächsten Campingplatz an der Boddenküste. Also würde ich Hotelbauten, Ferienhäuser und andere Übernachtungsmöglichkeiten nicht mehr fördern. Etwas anderes ist dagegen die Schaffung neuer Möglichkeiten für die Menschen, die hier Urlaub machen oder leben. Wer im Bereich der Unterhaltung tätig werden möchte und eine wirklich kreative Idee hat, sollte diese auch umsetzen können, auch mit Fördermitteln. Das Thema Lastenausgleich ist nicht so einfach. Der Lastenausgleich ist notwendig, um es auch weniger attraktiven Gemeinden zu ermöglichen, Projekte zu verwirklichen. Wie dieser realisiert und berechnet werden kann, kann ich derzeit nicht beantworten. Das sollten Fachleute übernehmen.
Miraß, Heiko (SPD)	Die Förderung der Tourismuswirtschaft hat sich in den letzten Jahren bereits deutlich verändert. Im Regelfall werden noch Modernisierungsmaßnahmen, Investitionen in die Qualitätsverbesserung oder energetische Sanierungen unterstützt. Das sollte auch in Zukunft so bleiben und mit einem strengen Maßstab betrachtet werden. Bei der Begleitung touristischer Großprojekte geht es in erster Linie um eine Unterstützung der betreffenden Kommunen bei der Anpassung der öffentlichen Infrastruktur. So etwas kommt aber erst dann in Betracht, wenn eine positive Entscheidung für ein Vorhaben gefallen ist. Insbesondere auf Rügen halte ich solche Projekte für „aus der Zeit gefallen“. In aller Regel sind solche Projekte weder für Natur und Umwelt, noch für den Verkehr und den Arbeitsmarkt auf der Insel verträglich. Zu genau diesen Fragen bedarf es einer objektiven Einschätzung und Verständigung. Was nicht verträglich ist, sollte nicht genehmigt werden. Damit stellt sich dann auch nicht die Frage nach einer Unterstützung durch das Land. Ein Lastenausgleich zwischen den Kommunen erfolgt grundsätzlich im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes und seiner Mechanismen. Mit der letzten Novelle wurde der Ausgleich zwischen wirtschaftlich starken und schwachen Kommunen noch einmal deutlich zu Gunsten der letzteren verbessert. Mit der neu eingeführten Infrastrukturpauschale steht zudem für alle Gemeinden eine Unterstützung zur Verfügung, mit der in die kommunale Infrastruktur investiert werden kann, unabhängig davon, ob eine Gemeinde sich in der Haushaltskonsolidierung befindet. Zusätzlichen Ausgleichsmechanismen auf regionaler Ebene sollten hier nicht eingeführt werden. Allerdings bietet die Neufassung des Kommunalabgabengesetzes mit der Möglichkeit der Einführung von Tourismusregionen als gemeinsame Erhebungsgebiete für Tourismusabgaben einen Ansatz für mehr solidarische Finanzierung öffentlicher Aufgaben. Diese Möglichkeiten sollten zügig diskutiert und genutzt werden. So hätten zum Beispiel alle Gemeinden auf der Insel etwas davon, wenn mit diesen Einnahmen ein Inselwelten kostenloser ÖPNV finanziert werden könnte.
Niehaus, Dirk (Grüne)	Im Moment fehlt es mir an Vorstellung welches touristische Großprojekt noch Landesförderung bekommen sollte. Insofern für klassische Betten ein klares Nein. Der (Lastenausgleich) ist erforderlich da z.B. die Infrastruktur Wasser, Abwasser, Bodenverband, bis hin zu Straßen und ÖPNV über die Kreisumlage etc. überwiegend von allen Bewohnern bezahlt wird
Kliewe, Holger (CDU)	*
Knuth, Matthias	*

(Freie Wähler)	
Kunschke, Friedrich (Einzelbewerber)	Ich bin dafür, dass die Förderung von Investitionen auf die Zukunftsfähigkeit und die Ökologischen Konsequenzen überprüft werden und nur dann diese auch gezahlt wird, wenn diese in den beiden zentralen Punkten genehmigt wurde. Was die Förderungen der Bundesrepublik und der Europäischen Union angeht habe ich auf Länderebene wenig Einfluss. Bei der Förderung des Landes MV bin ich aber für eine Einschränkung was touristische Projekte angeht. Sodass bei solchen nur jene umgesetzt werden welche sich auch wirtschaftlich rechnen und nicht welche die nur gemacht werden, weil man dafür Fördermittel bekommt. Sodass die Landesförderungen ganz für den Erhalt und Verbesserung der Lebensqualität der Einwohner der Insel Rügen zugute kommen.
Präkel, Julia (CDU)	Generell bin ich dafür, dass Fördermittel sparsam und effizient eingesetzt werden sollten – ausschließlich für Projekte, die zukunftsweisend und nachhaltig sind. Wichtig ist, dass die Gemeinden grundsätzlich mehr Zuweisungen über das Finanzausgleichsgesetz erhalten. Diese wissen am besten, was vor Ort benötigt wird. Momentan spielt die gesamte Entwicklung der Orte eher eine untergeordnete Rolle, da sich die Gemeinden hauptsächlich um förderfähige Maßnahmen kümmern. Und das ist in meinen Augen eine totale Fehlentwicklung. Touristische Großprojekte sind auf Profit ausgelegt, so dass sie sich selbst tragen müssen. Dafür sollte es keine Fördermittel mehr geben. Der Lastenausgleich zwischen den Kommunen ist bereits über das Finanzausgleichsgesetz landesweit geregelt. Wir sollten auf Rügen eher die Chance ergreifen, jetzt ein einheitliches Tourismusgebiet zu werden und uns als solches anerkennen lassen. Im Juni hat der Landtag ein erstes Tourismusgesetz mit den Änderungen am Kurortegesetz sowie am Kommunalabgabengesetz beschlossen. Damit besteht die Möglichkeit für mehrere Gemeinden, sich zu einem einheitlichen Tourismusgebiet zusammen zu schließen. Wenn Rügen als ein Tourismusgebiet anerkannt werden würde, könnten wir endlich das Kurabgabe-Dilemma beseitigen und die Einheimischen müssen diese dann nicht mehr zahlen. Mit einer einheitlichen Kurabgabe hätten auch die kleinen Gemeinden eine Einnahmemöglichkeit. Hiervon könnten dann auch der ÖPNV und die Radwege übergemeindlich ausgebaut werden. Synergien, die unsere Insel braucht.
Rahm-Präger, Sylva (SPD)	*
Retzlaff, Sven (Grüne)	*
Schneller, Sylvio (die Basis)	*
Zenker, Kevin (Linke)	Eine Förderung durch das Land sollte eine Auszeichnung sein für ein Handeln, dass gleichermaßen Natur und Mensch dient, somit nachhaltig ist. Diese Förderung sollte mit Forderungen untersetzt sein, die Naturschutz, soziale Gerechtigkeit und basisdemokratische Teilhabe unterstützt. Die Großprojekte auf Rügen die ich kenne dienen keinem der genannten Punkte. Sie sind Ausdruck des Zustandes unserer Gesellschaft, in der einige wenige ihre profitorientierten Interessen über das Gemeinwohl und die Umwelt stellen. Folglich sollten ebendiese Projekte auch nicht durch die öffentliche Hand befördert werden. Wo wir gerade bei Solidargemeinschaft sind: Auch in Zukunft wird wohl die Stadt Sassnitz wirtschaftlich besser aufgestellt sein als die Gemeinde Trent. Dies ergibt sich logischerweise aus unterschiedlichen wirtschaftlichen und touristischen Aspekten, ist charakterbildend für die jeweiligen Gemeinden und macht Rügen so unterschiedlich, so einzigartig. Ein Verzicht auf den Lastenausgleich oder Förderungen würde dieses Gleichgewicht aufkündigen. Ein beschauliches Örtchen könnte keinen Spielplatz für seine kleinsten Einwohner unterhalten, würde auf lange Sicht komplett ausbluten und die Zukunft an die größeren Gemeinden auf Rügen verlieren. Das ist nicht meine Vorstellung vom „großen und kleinen Rügen“. Zu einer noch besseren Unterstützung aller Gemeinden möchte ich auf potenzielle Erträge durch Vermögensabgaben für Superreiche (die im Gegensatz zu den Gemeinden nur Zugewinne verzeichneten während der Corona-Krise) und Einspareffekte beim Wehretat (die eben dieser besseren Ausfinanzierung für Kommunen dienen könnten) verweisen, den meine Partei auf Bundesebene fordert. Man könnte etwas flapsig von Schwertern zu Pflugscharen, Panzern zu Spielplätzen sprechen.
Zoels, Robert (die Basis)	*

5. Gemeinderat vs. bürgerschaftliches Engagement

In den Orten bestehen demokratisch gewählte Gremien wie der Gemeinderat oder die Stadtvertretung. Viele Bürger sehen sich und ihre Interessen dennoch nicht vertreten und engagieren sich verstärkt außerhalb dieser Gremien. Zunehmend werden Volksentscheide gefordert. Bürgerschaftliches Engagement zeigt sich neben der Mitarbeit in Vereinen zunehmend in Bürgerinitiativen. Junge Leute wirken bei *Fridays for Future* mit.

	Wie schätzen Sie dieses außerparlamentarische Wirken ein? Wie sollten die gewählten Vertreter auf kommunaler und Landesebene damit umgehen?
Ahlers, Uwe (FDP)	*
Alschweig, Knut (FDP)	*
Eckhardt, Dr. Hans-Georg (AfD)	Ich gehöre einer Partei an, die sich für die Einführung von Volksentscheiden nach Schweizer Vorbild einsetzt. Volksentscheide sind kein Ersatz für die parlamentarische Arbeit, sie sind eine Ergänzung bei wichtigen Fragen, die alle Menschen des Gemeinwesens betreffen. Initiativen auf kommunaler Ebene würde ich als Gemeindevertreter begrüßen und unterstützen sowie dafür sorgen, dass sie diskutiert werden und zur Abstimmung kommen.
Jahn, Patrick (Linke)	Ich finde es enorm wichtig, dass sich die Menschen für ihre Interessen einsetzen. Fridays for Future hat gezeigt, wie viel Druck Bürger:innen auf die Politik ausüben können. Eine Demokratie lebt neben den Grundwerten vor allem von aktiven Leuten auf den Straßen, im Netz und in den Medien. Nur wer laut ist wird auch gehört. Als Partnerin eines überparteilichen Bündnisse setzen wir uns als Linke derzeit für die Wiedereröffnung der Geburtenstationen, unter anderem am Standort Bergen ein. Wir sammeln Unterschriften und wollen den Landtag so zwingen sich mit dem Thema zu befassen. FFF setzt sich für Klimagerechtigkeit ein, hat inzwischen viele prominente Fürsprecher:innen und gestaltet Politik fast persönlich mit. Also zusammengefasst: Bürgerinitiativen, Bündnisse und Bewegungen beleben die politische Landschaft und sorgen dafür, dass Menschen gehört werden, die sonst oft übersehen würden.
Miraß, Heiko (SPD)	Demokratisch gewählte Parlamente auf den unterschiedlichen Ebenen haben klar definierte Aufgaben, Rechte und Pflichten. Ich würde mir sehr wünschen, wenn sich möglichst viele Menschen in diese Gremien einbringen oder sie konstruktiv-kritisch begleiten, indem sie sich zum Beispiel regelmäßig über die Themen und den Verlauf der Beratungen informieren. Grundsätzlich ist die parlamentarische Demokratie ein hohes Gut. Demokratisch legitimierte Menschen übernehmen Verantwortung für wichtige Weichenstellungen ihres Gemeinwesens und erhalten dafür eine Handlungsmacht und die notwendigen Ressourcen. Diese Struktur sollten wir schätzen und stärken. Bürgerschaftliches Engagement außerhalb der Parlamente ist gleichwohl sehr wünschenswert, unabhängig davon, wie gut oder schlecht die Gemeindevertretungen, Kreistage, Landtage oder der Bundestag arbeiten. Bürgerinitiativen bündeln Interessen und verschaffen den Themen, für die sie sich besonders engagieren, Gehör. Das ist gut und notwendig und sollte von den Vertretern in den Gremien gehört und bei ihren Entscheidungen berücksichtigt werden. Ich würde mir wünschen, dass zwischen den gewählten politischen Verantwortungsträgern und dem außerparlamentarischen Raum ein regelmäßiger Austausch in beide Richtungen stattfindet. Beide Elemente haben in einer gut funktionierenden Demokratie ihre Berechtigung. Bedauerlich finde ich, wenn bürgerschaftliches Engagement als störend empfunden wird oder andersherum nur aus einer Haltung der Unzufriedenheit und der Ablehnung demokratischer Prozesse entsteht.
Niehaus, Dirk (Grüne)	Absolut wichtig für unsere demokratischen Prozesse und unbedingt Unterstützend- und Zuhörens-wert! Das sollte jeder in seine Informationen für den täglichen Politprozess einbeziehen und daraus entsprechende Handlungen ableiten. Es kann ja auch sein dass ich vollkommen anderer Meinung bin und bleibe aber es ist doch geboten in Zeiten völlig mangelhafter Bürgerbeteiligungsverfahren und formalen Möglichkeiten der Bürger hier mein Ohr anzulegen
Kliewe, Holger (CDU)	*
Knuth, Matthias (Freie Wähler)	*
Kunschke, Friedrich (Einzelbewerber)	Ich schätze diese Außerparlamentarische Arbeit sehr aber denke, dass sie leider meistens nicht sehr durchschlagskräftig ist. Sie sind in meinen Augen perfekt um die Gewählten Vertreter auf bestimmte Themen aufmerksam zu machen und überhaupt zwischen zwei Wahlen aktiv auf die Entscheidungsträger einzuwirken. Darüber hinaus freut sich aber jede Gemeinde über Input der Bevölkerung aber diese müssen dann gelegentlich auch akzeptieren, dass auch die Meinung von Bürgerinitiativen und Vereinen nicht zwangsläufig repräsentativ für die Mehrheit der Bevölkerung ist. Der direkte Austausch mit Menschen ist für mich sehr wichtig und deshalb wäre es für mich auch wichtig zu einem Thema möglichst alle, auch wenn das wohl kaum möglich sein wird, Meinungen dafür zu hören um eine Entscheidung treffen zu können welche auch von der Mehrheit der Bevölkerung getragen wird. Natürlich sind auch Volksentscheide in diesem Problem durchaus hilfreich. Allerdings gehört dort angefangen mit der Information der Bevölkerung hin zur Abstimmung so viel Bürokratie und Aufwand dazwischen, dass ich es zwar auf keinen Fall ausschließen möchte, es aber nur bei zentralen Punkten einsetzen würde.
Präkel, Julia	Ich finde dieses außerparlamentarische Wirken sehr wichtig und bin froh, dass wir in einem Land

(CDU)	<p>leben, in dem wir unsere Meinungen frei äußern dürfen. Ich wünsche mir, dass Menschen, die in den Bürgerinitiativen mitwirken, sich vermehrt für die Kommunalwahlen vor Ort aufstellen lassen. Als gewählte Kommunalvertreter können sie sich aktiv an Ort und Stelle mit ihren Positionen und Erfahrungen einbringen. Um leistungsfähig zu sein und gute Resultate zu erzielen, ist diese Form der Vielfalt für die Gremien sehr bedeutend. In dieser Funktion lernt man dann auch den gesetzlichen Rahmen und viele Hintergründe kennen, die zu Entscheidungen in den Gemeinde- und Stadtvertretungen führen. Wir als CDU-Fraktion in Putbus sind offen für jegliche Bürgeranfragen. Gerade erst vor wenigen Wochen kontaktierten uns Bürger. Sie waren besorgt, dass neben ihren neuen Häusern ein weiteres Baugebiet entstehen könnte. Ich lud sie sofort zu unserer Fraktionsitzung ein, in der wir dieses Thema gemeinsam mit den Bürgern diskutierten. Als von den Bürgern gewählte Vertreterin möchte ich mich für deren Anliegen einsetzen. Das ist mein persönlicher Anspruch an meine Ehrenämter in der Stadtvertretung und im Kreistag. In diesem Sinne: lieber engagierte Bürger, liebe Bürgerinitiative, wir von der CDU sind über Ihre Hinweise und Anregungen sehr dankbar. Bitte suchen Sie gern das persönliche Gespräch mit uns. Denn gemeinsam haben wir ein Ziel: Rügen für uns lebenswert zu gestalten.</p>
Rahm-Präger, Sylva (SPD)	*
Retzlaff, Sven (Grüne)	*
Schneller, Sylvio (die Basis)	*
Zenker, Kevin (Linke)	<p>Außerparlamentarisches Engagement, egal ob von Jung oder Alt, im Verein oder Bürgerinitiative, bündelt Kräfte, schafft Kompetenzen und Öffentlichkeit für delikate Angelegenheiten. In diesen Punkten bildet bürgerschaftliches Engagement einen Großteil der öffentlichen Meinung ab. Diese sollten politische Vertreter unbedingt zum Grundstein ihrer Arbeit machen. Ich vertrete da aber die Auffassung, dass „Meckern“ allein nicht reicht. Wer Veränderungen will, muss da ansetzen, wo Veränderungen gestaltet werden – sprich in den Gemeinde-Vertretungen, Kreis-, Land- und Bundestagen. Dies war mein Ansatz für den Kreistag zu kandidieren, dies ist der Anspruch an meine Landtagskandidatur. Unser bürgerschaftliche Engagement, dass von vielen gewählten Vertretern ignoriert worden ist, in die Tat umsetzen.</p>
Zoels, Robert (die Basis)	*

* Bis Redaktionsschluss (23.09.2021) lagen keine Antworten vor.